

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Robert Schöner
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Hauptstadtstr. 10, 80011
Druck: K. L. Schöner, Dresden

Druckkosten sind durch den Verlag zu zahlen. Die Druckkosten sind durch den Verlag zu zahlen. Die Druckkosten sind durch den Verlag zu zahlen.

Druck u. Verlag: Robert Schöner
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Hauptstadtstr. 10, 80011
Druck: K. L. Schöner, Dresden

Der neue Reichsarbeitsminister ernannt

Reichstagswahlen am 31. Juli

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Juni. Der Reichskanzler v. Papen hat heute das bisher vom Reichswirtschaftsminister Warmbold verwaltete Reichsarbeitsministerium mit dem bisherigen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes und Reichsversicherungsgerichtsrats, Hugo Schäfer, besetzt.

Schäfer, der unlängst das 57. Lebensjahr vollendete, ist aus dem württembergischen Verwaltungsdienst hervorgegangen, betätigte sich danach in führenden Stellungen in der rheinischen Industrie und übernahm 1924 das Präsidium des Reichsversicherungsamtes und des Reichsversicherungsgerichts. In den Jahren 1922 und 1923 gehörte er als Leiter der Finanzabteilung dem Direktorium der Firma Krupp an und wurde in der Zeit der Ruhrbesetzung von den Franzosen zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Es gelang damals Schäfer, sich durch Flucht in das unbesetzte Gebiet der Verbannung zu entziehen. Schäfer, der bisher in keiner Weise politisch hervorgetreten ist, steht der Rechten nahe und gilt als ein hervorragender Wirtschaftswissenschaftler.

Am Dienstag wird das nunmehr vollständige Kabinett in einer Sitzung zusammentreten, in der es sich vorzugsweise mit der Regelung der innerpolitischen Fragen befassen wird. Es handelt sich vor allem um die Umgestaltung der Notverordnung des Reichspräsidenten, die das Verbot der SA- und SS-Aktivitäten ausser Kraft, um die Aufhebung des Unisolvverbots, um die Abänderung der Bestimmungen über parteipolitische Versammlungen und die Demonstrationen, sowie weiter um eine Abänderung der Pressenotverordnung. Diese schon vor einiger Zeit angekündigte Rücknahmemaßnahme der unter dem Kabinett Erlaß erlassenen sowohl ungewöhnlichen wie ungerechtfertigten Maßnahmen wird

im Rahmen einer neuen Notverordnung erfolgen, die die durch die Notverordnung erlassenen Bestimmungen über die verschiedenen Notverordnungen des verlassenen Kabinetts zusammenfasst und wieder eine härtere Fassung der politischen Betätigung herbeiführt.

Bestehen bleiben werden die Bestimmungen über das Verbot des Waffentragens und alle Bestimmungen, die eine niedrige Kampfesweise gegen den Reichspräsidenten und gegen die Regierung verhindern sollen. Die Einzelheiten unterliegen heute der Resorbtberatung. Mit dem Erscheinen der neuen Notverordnung ist bereits für die nächsten Tage zu rechnen.

Zugleich wird sich das Kabinett mit finanzpolitischen Maßnahmen zu befassen haben. Die Frage, was man an Maßnahmen dieser Art, die bereits das Kabinett Brüning für seine letzte Notverordnung vorbereitet hatte, abzuwehren wird, ist noch nicht ganz geklärt. Man rechnet aber damit, daß gewisse Teile für einen bestimmten Zeitraum — man spricht von etwa drei Monaten — in Kraft gesetzt werden, um die dringenden Schwierigkeiten der Rassenlage zu beseitigen. An den Kabinettsberatungen wird der neue Außenminister Freiherr v. Neurath nicht teilnehmen, da sich zunächst kein weiteres Verbleiben in London als nützlich erwiesen hat. Dem

Berliner Vertreter des amtlichen englischen Botsbüros ist es nämlich gelungen, durch die Verbreitung falscher Gerüchte, die von der Berliner Linkspresse in die Welt gesetzt worden waren, in England eine gewisse Unruhe zu erzeugen. Das schändliche, um nicht zu sagen schändliche Treiben der Linkspresse konnte so einen, wenn auch nur sehr beschränkten „Erfolg“ erzielen. Es legt aber zugleich der neuen Regierung die Verpflichtung auf, gegenüber den Vätern, die sich solcher Kampfmethoden bedienen, die bisher geübte Duldsamkeit aufzugeben.

Der Termin der Reichstagsneuwahl ist endgültig auf den 31. Juli festgelegt.

Dieser Zeitpunkt hat in politischen Kreisen etwas Verwunderliches, weil man es allgemein für ausgemessen gehalten hätte, wenn die Neuwahlen für Anfang August vorgenommen worden wären. Die durch den Wahlkampf hervorgerufene starke Aufspaltung der politischen Verbände hätte sich dann auf einen kürzeren Zeitraum erstreckt. Für Sachsen und das übrige Mitteldeutschland liegt der Wahltermin insofern ungünstig, als er gerade in die Ferien fällt. Wenn nicht besonders gewichtige Gründe für die Entscheidung des Kabinetts vorgelegen haben — seitens der amtlichen Stellen wird nicht angegeben, was für die Entscheidung des Kabinetts maßgebend war —, wäre diese Festlegung doch etwas zu bedauern. Es hat aber den Anschein, als ob der Reichskanzler v. Papen auf gewisse Wünsche der Linken von den Deutschnationalen stehenden bürgerlichen Parteien Rücksicht genommen hat, die die Frist bis zum Beginn des eigentlichen Wahlkampfes für Erörterungen über das Verhalten ihrer Parteien benutzen wollen.

Die letzten Wahlergebnisse haben gezeigt, daß für die kleineren bürgerlichen Parteien keine politischen Existenzmöglichkeiten mehr vorhanden sind.

Der Versuch einer „Nationalen Arbeitsgemeinschaft“, in der sich die kleineren Parteien gesammelt hätten, ist in Mecklenburg ebenso wie in Oldenburg gescheitert. Hinter diesem Verlust standen die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Christlichsozialen. Derartige Verluste wären für die Reichstagswahlen, wo für das entscheidende Grundmandat 60000 Stimmen aufgebracht werden müssen, von vornherein aussichtslos. Die Volkspartei hält, wie man hört, bereits in Berlin Besprechungen ab, welche Folgerungen zu ziehen wären. Ob man jedoch Anschluss an die Deutschnationalen mit diesen Verhandlungen, steht im Augenblick noch dahin. Da das Ziel des kommenden Wahlkampfes aber eindeutig ist, nämlich einen Reichstag herbeizuführen, in dem die Rechte die absolute Mehrheit besitzt und auf die Dienste des Zentrums verzichtet kann, so wäre, wenn sich die kleineren bürgerlichen Gruppen nicht zum Verzicht auf die eigene Existenz entschließen können, es doch dringend zu wünschen, daß sie dann wenigstens Verbindungen mit den Deutschnationalen eingehen, damit unnötige Stimmenverluste vermieden werden.

Der neue Kurs in Frankreich

Die Ueberstärkung der politischen Entwicklung in Deutschland hat unsere Aufmerksamkeit von der Regierungsbildung abgelenkt, die gleichzeitig in Frankreich geschehen hat. Es ist das Kabinett, mit dem wir es in Lausanne und weiterhin in Genf zu tun haben, wenn es demnächst zum Endkampf um die „Reparationen“, um die Reparations- und die weltwirtschaftlichen Fragen kommt. Unter Lardieus Führung wählten wir ganz genau, was in jedem einzelnen dieser Punkte von Frankreich zu erwarten war. Hat sich nun mit der Linksschwengung in diesen Auffassungen etwas geändert und ergeben sich im Zusammenhang mit der Rechtschwengung in Deutschland neue Schwierigkeiten oder neue Möglichkeiten für die zukünftige Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen? Das ist die Frage, die zehn Tage vor Lausanne unser Interesse beansprucht, wenn heute Herrriot mit seinen Mitarbeitern vor die Kammer tritt.

Der Bürgermeister von Lyon ist und als französischer Regierungschef kein Unbekannter. Führte er doch bereits in einer für das deutsch-französische Verhältnis besonders kritischen Zeit, vom Juni 1924 bis zum Mai 1925, die Regierungsgeschäfte, als die erste Reparationsregelung im Dawesplan zur Debatte stand. Aus Stresemanns Erinnerungen wissen wir, welche unzuverlässiger Verhandlungspartner Herrriot damals war. Er lag mit Macdonald im Grade von Cliquen und Schwärmen von Frieden und Menschheitsverehrung; er versicherte den deutschen Staatsmännern im Vertrauen, wenn es noch ihm ginge, nichts wäre ihm lieber, als das Ruhrabenteuer und die ganze Besetzung mit einem Federstrich zu liquidieren. Im Konferenzsaal feilschte er dann um jeden Tag und um jede Mark. Keinen Fingerbreit wich er von der Markstrategie ab, die er sich nicht von seiner eigenen politischen Richtung, sondern von der nationalen Opposition in Paris vorschreiben ließ. Zwischen platonischer Freundschaft und erbitterter Feindschaft schwankte seine Einstellung zu Deutschland auch später, als er, über die Frankfurter Krise gekürt, von der Opposition aus den Wiederaufstieg zur Macht vorbereitete. Denn die zwei Tage Ministerpräsidenten im Juli 1926, als Herrriot mit einem Linkskabinett vor die Kammer trat und sofort gekürt wurde, zählen nicht. In dieser Zeit konnte er für Heethoven schwärmen, aber den er Wähler schrieb, und bei der geringsten Regung deutschen Lebenswillems, wie etwa beim Austausch des Zollunionplanes mit Oesterreich, doch die schärfsten chauvinistischen Töne gegen Deutschland anschlagen. In den Wochen der Klärung, zwischen den französischen Wahlen und der Regierungsbildung, hat Herrriot an dieser deutschfeindlichen Linie festgehalten. Nur zur Verhütung der Kammermitte und der Rechten, die er nicht von vornherein als Feinde haben möchte, oder als Einleitung für die Außenpolitik, deren Führung er selbst übernimmt? In Lausanne wird man ja sehen. Jedenfalls ist Herrriot innenpolitisch soweit von Lardieu abgerückt, daß er dessen Gruppe nicht einmal in die Regierung mit einbezieht, während er außenpolitisch die von Lardieu geprägten Formeln von der „Heiligkeit der Verträge“ bis zur „Sicherheit“ nacheinander übernimmt. Am charakteristischsten ist vielleicht seine Antwort auf Brünings letzte Rede, in der sich der Kanzler außenpolitisch „hundert Meter vor dem Ziel“ sah. Herrriot meinte, diese letzte Wegrede werde Frankreich „mit dem Zentimetermaß messen“. Das sind freilich Redensarten, und es ist unwahrscheinlich, daß sich Herr v. Neurath auf dieses Schmedentempo einlassen wird.

Wären wir also damit rechnen, daß Herrriot die französische Politik in dem Erhaltungszustand halten wird, den Lardieu herbeigeführt hat und den keine Macht der Welt bisher auslockern konnte? Das wäre zuviel behauptet. Er hat immerhin eine Mehrheit als Regierungsgrundlage, die in höherem Maß als die alte Verständigung für die Weltzusammenhänge und für die Gefahren ausfragt, die Frankreich daraus drohen. Ob er die darin liegenden Möglichkeiten ausnützt, das hängt so sehr von Zufällen des nächsten politischen Geschehens ab, daß jede Voraussage verfehlt wäre. Ein als Kenner der französischen Verhältnisse bekanntgewordener Berichterstatter, W. Sieburg, trifft sich mit dem Hindenburg rechnen, das in der französischen Furcht vor Deutschland liegt, sondern auch mit der außerordentlich komplexen Persönlichkeit Herrriots, deren Gewissen wie eine überempfindliche Magnetnadel in dauernder Vibration ist. Herrriot ist ein bedeutender Mensch, aber er ist ein faltfähiger Mensch. Er hat die Fähigkeit des Mutes, aber auch die des Verzagens, und es kann nicht ausbleiben, daß man ihn eine Ränkernatur nennt, d. h. einen Menschen, auf dessen Empfindungsleben immerhin Schatten fallen, die er selbst erzeugt. Wir müssen also auf der einen Seite mit der fast zu Marmor erstarrten Formel von der französischen Sicherheit und auf der anderen Seite mit der Ueberlebendigkeit des entscheidenden Mannes rechnen.

Schließlich ist er aber nicht allein entscheidend. Es hat 27 Mitarbeiter um sich, 12 Minister und 11 Unterstaats-

Stahlhelm für nationale Zusammenarbeit

Rede Seibtes beim Führerappell in Bremen

Bremen, 6. Juni. Der Gau Niedersachsen des Stahlhelms hielt am Sonntag in Bremen einen Appell ab, bei dem der Erste Bundesführer, Franz Seibte, sich einredend über die politische Lage äußerte. Seibte führte unter anderem aus: Als ich im November 1918 den Stahlhelm gründete, schwebte mir vor, durch die Gesamtheit der Frontsoldaten mit dem Zweck der Revolution aufzuräumen. Wenn die Zusammenfassung aller Frontsoldaten nicht gelungen ist, so braucht niemand entmutigt zu sein. Denn es ist tatsächlich gescheit, im Stahlhelm die Energiekraft der Nation zusammenzufassen, die den Halt Deutschlands abgeben wird und ohne die kein deutscher Führer, er sei wer er sei, wieder das deutsche Volk zur Freiheit führen könnte. Daraus ergibt sich, daß der Stahlhelm bereit ist, mit

allen wahrhaft nationalen Gruppen und Strömungen, insbesondere auch mit den Nationalsozialisten, in echter Kampfgemeinschaft zusammenzuwirken.

aber auch in den eigenen Organisationen auf kräftige Manneszucht zu halten. Wir verlangen von der Regierung, daß sie uns unsere Arbeit an der Wehrhaftigkeit nicht erschwert, sondern uns Raum und Schaffensmöglichkeit gibt, vor allem, daß sie uns unsere Bundesstrafe nicht weiter vergrößert, wie es Bremer in Kleinlichen Bedenken gegen die stolze Zusammenfassung der selbstbewussten Frontsoldaten verurteilt. Wir haben

an einem Wendepunkt der deutschen Geschichte,

der ohne unsere Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Wir haben oft genug den Regierenden unsere Mitarbeit angeboten. Aus Schwäche gegen das Ausland hat man sie nicht angenommen. Jetzt aber ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir zu unserem Recht kommen müssen, denn ohne die gewaltigen Energiekräfte, die im Stahlhelm vorhanden sind, und ohne den Erfahrungsschatz, den wir uns im Kriege und

in harter Arbeit der Nachkriegszeit errungen haben, geht es nun einmal nicht. Der Zeitpunkt ist nahegerückt, wo endlich der Durchbruch der Freiheit erfolgen wird. Das immer gesehen wird, insbesondere im Angesicht der politischen Drohungen — keine Regierung, die etwas schaffen will, kann an der harten Energiekraft des Frontsoldaten geschlechts vorbeigehen.

Seibte erklärte abschließend, daß der Stahlhelm seine höchste Aufgabe darin sehe,

in freiwilliger Disziplin einen neuen deutschen Menschen heranzubilden

und eine Macht zu schaffen, an der die Nation ihren Halt finde. Der glühende Wille zur Freiheit und der Glaube an die Idee werde somit zur praktischen, realen und zugleich zur höchsten idealen Aufgabe der Zeit.

Dr. Gärtners Abschied von München

München, 6. Juni. Reichsjustizminister Dr. Gärtners wollte seit gestern hier, um die Führung der Geschäfte des Bayerischen Justizministeriums zu übernehmen. Dr. Gärtners hat den bayerischen Ministerpräsidenten gebeten, ihn von der Führung der Geschäfte des Bayerischen Justizministeriums zu entbinden. Der heutige Minister wird sich mit der Frage befassen, in welchem Umfang Minister Dr. Gärtners die Rückkehr in den bayerischen Staatsdienst offen zu halten ist.

Dr. Schacht geht nicht nach Lausanne

Berlin, 6. Juni. Wie die Telegrammen-Union von unterrichteter Seite erfährt, ist Dr. Schacht nicht als deutscher Vertreter für die Lausanner Konferenz in Aussicht genommen. Es ist mit ihm auch nie in diesem Sinne verhandelt worden.